

Balkonkraftwerke für Kleingärten!

Bündnis Deutschland fordert Balkonkraftwerke für Kleingärten in Bremen Walle!

Die Balkonkraftwerke sollten nicht nur netzunabhängig betrieben werden können und mit mindestens 500,- Euro gefördert werden.

Trotz anderslautender Verwaltungsvorschriften ist bereits in Berlin die Nutzung von Balkonkraftwerken in Kleingärten am Stromnetz nun erlaubt. Der Berliner Senat hat bereits am 02.10.2023 die erweiterte Förderrichtlinie für Balkonkraftwerke veröffentlicht. Dadurch werden auch Pächter von Klein- und Erholungsgärten mit bis zu 500,- Euro gefördert.

Einer Zustimmung der Grundstückseigentümer oder Zwischenpächter ist nur dann erforderlich, „wenn das Steckersolargerät auf Dachflächen von Lauben oder anderen Gebäuden im Garten installiert wird. Eine andere Befestigung, beispielsweise an Fassaden oder Zäunen, ist nicht mehr zustimmungspflichtig.“

Der Strom, der mit dem geförderten Steckersolargerät erzeugt wird, soll als Arbeitsstrom verwendet werden. Unter Arbeitsstrom wird Strom verstanden, der verwendet wird, um den Kleingärten zu bewirtschaften der jedoch nicht dem dauerhaften Wohnen dienen soll.

Der Beirat Walle möge beschließen, dass die zuständigen Behörden die Förderungen der Balkonkraftwerke für Kleingärten in Bremen Walle entsprechend umsetzt.



Tanja Häfker

Fraktionssprecherin für BD in dem Beirat Walle

haefker-bd-fraktion-beirat.de

0421/ 68567381

0157 88532330

08.10.2023

Anhang:

Erweiterte Förderrichtlinie für Balkonkraftwerke, veröffentlicht am 02.10.2023 durch den Berliner Senat.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND

im Beirat Walle

Abhilfegesuch von Bürgerbeschwerden für extrem lange Wartzeiten an der Recycling-Station Blockland der Bremer Stadtreinigung!

Seit einiger Zeit herrschen unzumutbare Zustände auf den Zufahrtswegen der Recycling-Station Blockland in Walle. Als die Antragstellerin am 11.10.2023 eine Ortsbesichtigung durchgeführt hat, war die Zufahrt von der Autobahn bis zum Gelände der Recycling-Station vollständig blockiert. PKWs und LKWs standen auf der Zufahrtsstraße zur Recycling-Station. Durch den Anfahrtsstau zur Recycling-Station in Walle kommt es zu erheblichen Verkehrsgefährdungen.

Seit Monaten ist auf dem Gelände der Recycling-Station Blockland statt der zwei PKW - Einlasskontrollen nur einer mit Personal besetzt ist, um das mitgebrachte Entsorgungsmaterial zu kontrollieren. Diese anhaltende Zustände sind eine Zumutung für die Bevölkerung.

Der Beirat Walle mögen beschließen, dass die zuständige Behörde (Stadtreinigung Bremen) dem Beirat Walle, zeitnahe ein Abhilfeverfahren aufzeigt.



Tanja Häfker

Fraktionssprecherin für BD

Haefker-bd-fraktion-beirat.de

0421/ 68 56 73 81

0157/ 88 53 23 30

11.10.2023

Antrag der SPD-Fraktion im Beirat Walle;

Beiratssitzung am 2. November 2023

Adressat: Amt für Straßen- und Verkehr - Bremen (ASV - Bremen)

Weitere Rastmöglichkeiten im Waller Grün schaffen

Der Beirat Walle möge beschließen im Waller Grün weitere Sitzbänke aufzustellen, um so auf den offenen Strecken zwischen den bereits bestehenden Sitzgelegenheiten weitere Rastmöglichkeiten zu schaffen. Hierfür wird UBB aufgefordert, geeignete Orte im Waller Grün zu identifizieren und das Aufstellen der Bänke aus dem Stadtteilbudget umzusetzen.

Begründung

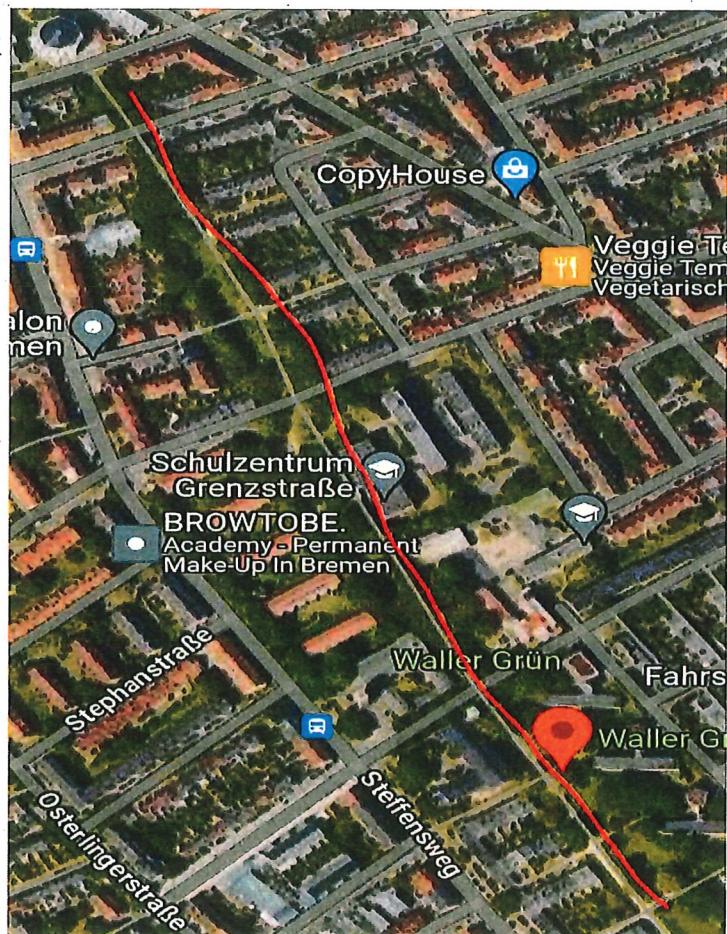
Erfolgt mündlich

Sonja Kapp und die SPD-Fraktion im Beirat Walle

Anhang:

Auszug Google Maps

(<https://www.google.com/maps/place/Waller+Gr%C3%BCn/@53.0930916,8.7820417,961m/data=!3m1!1e3!4m6!3m5!1s0x47b12848c34349a5:0x68cd13fe305ce85b!8m2!3d53.0923149!4d8.7863545!16s%2Fg%2F1f03tc8jc?entry=ttu> , online abgerufen am 24.10.2023):



BÜNDNIS DEUTSCHLAND

Im Beirat Walle

Rechtswidrigen Zustand am Hagenweg beenden.

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Walle fordert die zuständigen Stellen auf, die rechtswidrigen Zustände am Hagenweg umgehend zu beenden.

Begründung:

Vor mehreren Jahren, schon während der Beiratsamtszeit 2015-2019, fand am Hagenweg die damals mehrfach beklagte „vertragslose Inanspruchnahme“ eines öffentlichen Geländes durch die so genannten Ølhafenleute statt. Die zweckfremde Nutzung wurde durch die Behörden immer wieder geduldet, da trotz endloser Überlegungen aus rot rot grünen Kreisen eine Legalisierung formaljuristisch nicht möglich ist. Es fehlt dort an vielem, was für die ausgeübte Wohnnutzung von Nöten ist. Das alles wurde jahrelang rauf und runter thematisiert. Außer Verzögerungstaktik, fruchtlose / sinnlose Planungen und Kettenduldungen passierte nichts.

Straftaten welche von dem Gelände ausgingen (Beleidigung, Verherrlichung von Brandanschlägen) wurden heruntergespielt, brachten aber manche Bürger in Rage, so dass diese den damaligen AfD-Vertreter im Waller Beirat um Hilfe batzen.

Ebenso beschwerten sich Kleingärtner, welche in deren Schrebergärten nicht wohnen dürfen, über die Ungleichbehandlung.

Dass der Zustand der illegalen Landnahme und deren Folgen geduldet wird, muss endlich ein Ende haben. Das dient auch dem Rechtsfrieden all derer, welche sich durch die Handlungen der „Ølhafencrew“ benachteiligt sehen oder um die Umwelt fürchten (z.B. Kfz-Reparaturen, fragwürdige Müll- und Abwasserentsorgung). Die spannende Frage ist, wie die Behörden reagieren würden, wenn sich andere Personen, welche nicht in der Gunst der aktuellen Regierung stehen, an besagter Stelle niedergelassen hätten.

Fraktion Bündnis Deutschland im Beirat Walle.